**Landtag Brandenburg** **Drucksache 8/2289**
8. Wahlperiode

# Kleine Anfrage 843

der Abgeordneten Steffen John (AfD-Fraktion) und Lena Kotré (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

**Verwundbarkeit der Energieinfrastruktur in Brandenburg und Vorbereitung auf Sabotage und Stromausfälle**

Die wiederholten, politisch motivierten Angriffe auf die Energieinfrastruktur im Hauptstadtraum haben in alarmierender Weise offengelegt, wie unzureichend der Schutz kritischer Versorgungsstrukturen in Deutschland ist. Der großflächige Stromausfall infolge eines Sabotageaktes im Januar 2026[1] sowie der Brandanschlag auf einen Strommast im September 2025[2] zeigen, dass gezielte Angriffe erhebliche Auswirkungen auf öffentliche Sicherheit, Wirtschaft und staatliche Handlungsfähigkeit haben können.

Aufgrund der engen infrastrukturellen Verflechtung mit Berlin ist auch das Land Brandenburg in besonderem Maße gefährdet. Eine belastbare Energieversorgung ist jedoch zentrale Voraussetzung für den Schutz der Bevölkerung, für funktionierende Verwaltung, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist zu klären, ob die Landesregierung aus den Vorfällen die notwendigen Konsequenzen gezogen hat und ob Brandenburg ausreichend auf Sabotage, Extremismus und großflächige Stromausfälle vorbereitet ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche wirtschaftlichen Schäden (z. B. Produktionsausfälle, Lieferverzögerungen, Umsatzeinbußen) wären nach Einschätzung der Landesregierung bei einem mehrtägigen (2, 3, 5 und 7 Tage), großflächigen Stromausfall in Brandenburg zu erwarten? Gibt es hierzu Szenarien oder Berechnungen?

2. Welche Branchen der Brandenburger Wirtschaft gelten aus Sicht der Landesregierung als besonders betroffen von einer unterbrechungsfreien Stromversorgung?

3. Wie ist die Notstrom- und Krisenvorsorge großer Industrie- und Gewerbebetriebe im Land Brandenburg strukturiert (z. B. redundante Anschlüsse) und inwieweit sind hier Vereinbarungen mit Unternehmen auf kommunaler Ebene getroffen worden?

[1] Vgl. https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/beamtenbund-blackout-100.html, abgerufen am 14.01.2026.
[2] Vgl. https://www.rbb-online.de/taeteropferpolizei/archiv/20250921_1900/brandanschlag-anschlag-strom-ausfall-strommasten-staatsschutz.html, abgerufen am 14.01.2026.

Eingegangen: 18.01.2026 / Ausgegeben: 19.01.2026

4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bislang unternommen, um bei einem länger andauernden Stromausfall die Funktionsfähigkeit kritischer Wirtschaftsbereiche wie Wasser- und Abwasserversorgung, Gasversorgung, Kraftstoffversorgung, Telekommunikation und Logistik sicherzustellen? Wie konkret soll die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Lebensmitteln und ggf. Brennstoffen für einen solchen Fall abgesichert werden?

5. Welche Lehren zieht die Landesregierung aus bisherigen Stromausfällen und Sabotageakten für die Absicherung unserer Versorgungsinfrastruktur, insbesondere der Strom- und Wasserversorgung?

6. Welche Regelungen zur flächendeckenden Realisierung von Sicherheitsstandards und von redundanten Systemen sollen an welcher Stelle bis wann verankert und umgesetzt werden?

7. Welche Lehren zieht die Landesregierung aus bisherigen Stromausfällen und Sabotageakten für die zukünftige Wirtschafts- und Energiepolitik des Landes Brandenburg, insbesondere im Hinblick auf die sinkende Investitions- und Planungssicherheit für Unternehmen?